



Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren

Es war noch tiefer Winter am ersten Sessionstag. Am letzten Tag der Frühjahrsession empfing uns beim Verlassen des Bundeshauses die Sonne und ein strahlend blauer Himmel. Im Bundeshaus waren in diesen drei Wochen aber alles andere als Schalmeienklänge zu hören gewesen. Die schwierige konjunkturelle Lage und das Geschehen rund um das Bankgeheimnis sorgen dafür, dass die Nerven angespannt sind. Die Wortwahl und die Vergleiche, die gemacht wurden, warfen hohe Wellen. Ob sie der Sache dienlich waren, muss bezweifelt werden.

Die dominanten Themen der Session waren sicher das Paket der Stabilisierungsmassnahmen, das von beiden Räten behandelt wurde und die Diskussion um das Bankgeheimnis. Daneben wurden einige andere Themen behandelt, die keine oder wenig mediale Aufmerksamkeit fanden. Sie sind dennoch wichtig und verdienen Beachtung.

Ein offenes Ohr für die Kulturschaffenden

Gleich zu Beginn der Session wurde das Kulturförderungsgesetz zu Ende beraten. Das Kulturförderungsgesetz konkretisiert, was die Bundesverfassung seit 2000 möglich macht. Seither verfügt der Bund über die Kompetenz und die Pflicht, Kultur zu fördern. Das neue Gesetz legt die kulturpolitischen Leitlinien des Bundes und die Instrumente zur Steuerung der Kulturförderung fest. Leider hat es der Rat verpasst, ein wichtiges Anliegen der Kulturschaffenden aufzunehmen. Sowohl in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur als auch im Ratsplenum habe ich mich dafür eingesetzt, eine Bestimmung zur Stärkung der sozialen Sicherheit der Kulturschaffenden ins Gesetz zu schreiben. Es war leider nicht möglich, für dieses Anliegen eine Mehrheit zu finden. Ob der Ständerat, welcher das Geschäft nun weiterbehandelt, ein offenes Ohr für die Kulturschaffenden hat, wird sich in den nächsten Monaten zeigen.

Ein weiteres kulturpolitisches Geschäft wurde Ende der dritten Sessionswoche verabschiedet. Das neue Bundesgesetz über die Museen und Sammlungen des Bundes formuliert gemeinsame Ziele für die Museen und Sammlungen des Bundes (zu denen das Landesmuseum Zürich, das Schloss Prangins und Musikautomatenmuseum in Seewen gehören) formuliert und erteilt ihnen einen einheitlichen Grundauftrag. Mir war es wichtig, die Debatte dafür zu nutzen, auf die wertvolle und wichtige Aufgabe der Museen aufmerksam zu machen. Vor allem auch bei Kindern und Jugendlichen Verständnis für unsere Geschichte und Kultur zu wecken sind wichtige bildungspolitische Anliegen. Die Tätigkeit der Museen liefert hier einen wichtigen Beitrag. Es wäre wünschbar gewesen, dass das neue Museumsgesetz neben den Vorgaben betreffend Organisation und Koordination auch Grundzüge einer eigentlichen Museumspolitik erhält, eine Museumspolitik, die nicht nur die bundeseigenen Museen und Sammlungen, sondern all die vielen andern Museen eine Leitlinie gibt.

Unnötiger Streit um Minarette

Was in der Debatte um die Minarettinitiative zu hören war, lässt erahnen, was auf uns zukommen wird, wenn die Initiative zur Abstimmung kommen wird. Die Befürworterinnen und Befürworter der Initiative haben sämtliche Vorurteile, die gegenüber dem Islam vorhanden sind, für ihre Argumentation herbeigezogen. Es gibt in der Bevölkerung Ängste und Befürchtungen. Die SVP schürte auch in dieser Debatte einmal mehr diese Ängste, machte aber keine konstruktiven Vorschläge. Den Bau von Minaretten zu verbieten, und dies sogar auf Verfassungsstufe, hilft der Integration von Menschen anderer Kulturen in unserem Land nicht. Im Gegenteil. Diese Initiative zerstört die Bemühungen vieler Menschen im Land, die sich in ihrem Alltag oder in der Politik für um ein friedliches Zusammenleben von In- und Ausländerinnen einsetzen.

Neu in der staatspolitischen Kommission

Ich freue mich, dass ich neu neben der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit auch der staatspolitischen Kommission angehöre. Ist es mir so doch möglich, mich – unter anderem – bei der Beratung des Asylwesens und des Ausländerrechts direkt einzubringen. Auch dort werde ich das tun, was mir in der Sozial- und Gesundheitspolitik am Herzen liegt: mich für diejenigen einsetzen, die auf der Schattenseite des Lebens stehen.

Masernimpf-Rate verbessern

Dazu gehört auch zu verhindern, dass Menschen auf die Schattenseite geraten. Besonders tragisch ist, wenn dies Kindern widerfährt, die am allerwenigsten für ihr Schicksal verantwortlich gemacht werden können. Immer mehr Eltern lassen ihre Kinder nicht mehr gegen die gängigen Kinderkrankheiten impfen, sei dies aus Nachlässigkeit, sei dies, weil sie glauben, die Impfung würde die Widerstandsfähigkeit ihrer Kinder senken. Mittlerweile sind nur noch 86 Prozent der Bevölkerung in der Schweiz gegen Masern geschützt, in einzelnen Kantonen sogar unter 80% Prozent. Das ist gefährlich, weil mit der damit einhergehenden erhöhten Häufigkeit der Masernerkrankungen auch die Zahl der schweren Fälle wächst. Bereits ist ein Kind gestorben.

Ich habe deshalb eine Interpellation eingereicht, in der ich Bundesrat und Bundesamt für Gesundheit dazu auffordere, sich stärker zu engagieren, um die Impfquote bei Masern zu erhöhen. Konkret sollen die säumigen Kantone dazu angehalten werden, die Durchimpfung auf deutlich über 90 Prozent zu erhöhen. Die Einführung eines Impfbliogatoriums sehe ich nur als ultimo ratio, wenn Anreize und verstärkte Information nicht greifen sollten.

Dies ist mein zweiter Newsletter. Bitte scheuen Sie sich nicht, mir zu schreiben. Ich freue mich über Ihre Kommentare und Anregungen. Und falls Sie jemanden kennen, der daran interessiert sein könnte. Schicken Sie ihn ruhig weiter.

Mit bestem Dank für Ihr Interesse grüsst Sie freundlich



Silvia Schenker